



Stiftung Datenschutz: SPD-Bundestagsfraktion entsendet keinen Vertreter

Stiftung Datenschutz: SPD-Bundestagsfraktion entsendet keinen Vertreter
Zum Beschluss der Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder keinen Vertreter in den Beirat der von der Regierungskoalition gegründeten Stiftung Datenschutz zu entsenden, erklärt der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion Gerold Reichenbach: Die SPD-Bundestagsfraktion schließt sich dieser Entscheidung an und wird ebenfalls keinen Vertreter aus ihren eigenen Reihen in den Beirat dieser Stiftung entsenden. Wir sehen keinen Mehrwert in dieser von der Wirtschaft dominierten Stiftung. Wir sehen nicht, wie bei einem Mehrheitsverhältnis im Beirat durch Wirtschaftsvertreter, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger für einen effektiven Datenschutz gewahrt sein sollten. Unabhängig davon schleppt sich dieses so genannte Prestigeobjekt von CDU/CSU und FDP weiter hin. Die bis heute nicht tatsächlich existierende Stiftung Datenschutz zeigt mal wieder, dass die schwarz-gelbe Koalition im Bereich des Datenschutz in gut drei Jahren untätig geblieben ist. So hat sie es versäumt, die sogenannte "Cookie-Richtlinie" umzusetzen. Gleichzeitig sind die Pläne der Bundesregierung zum Beschäftigtendatenschutz sowie zum groß angekündigten so genannten Rote-Linie-Gesetz in der Versenkung verschwunden. Jetzt blockiert die Bundesregierung auch noch bei der europäischen Datenschutzreform und fordert vielmehr wirtschaftsfreundlichere Regelungen. Das schwarze Loch, in dem Gesetzesvorhaben oder Projekte im Bereich Datenschutz der schwarz-gelben Bundesregierung verschwinden, muss sehr groß sein. Selbst wenn die Stiftung in naher Zukunft ihre Arbeit aufnehmen sollte, wird man ihr Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit absprechen müssen. In dem vorliegenden Satzungsentwurf räumen CDU und FDP der Wirtschaft erheblichen Einfluss auf die Stiftung ein. Sowohl die Gremien der Stiftung als auch die Finanzierungsinstrumente - so ist es geplant - sind fest in wirtschaftlicher Hand. Wie hier verbraucherfreundlicher Datenschutz gewährleistet werden soll, ist fraglich. Genau diese Erwägungen haben dazu geführt, dass sowohl die Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder als auch die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/die Grünen sowie der Linken keinen Vertreter entsenden werden. SPD Bundesgeschäftsstelle
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin
Telefon: 030 25991 0
Telefax: 030 28090-507
URL: <http://www.spd.de>  http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=513412 width="1" height="1">

Pressekontakt

SPD

10963 Berlin

spd.de

Firmenkontakt

SPD

10963 Berlin

spd.de

(Da unsere Organisationseinheiten auf verschiedene Gebäude verteilt sind, müssen Sie ggf. die genaue Adresse bei der Organisationseinheit erfragen.)
Zukunftsgerecht in Europa
Gerechtigkeit und ein fairer Wettbewerb in einem sozialen Rechtsstaat zeichnen das Zusammenleben in der Europäischen Union aus. Das macht das europäische Sozialstaatsmodell so einzigartig. Es fußt in der europäischen Aufklärung und speist sich aus der europäischen Arbeiterbewegung. Denn im Kern geht es diesem europäischen Sozialstaat immer auch um Teilhabe und Mitbestimmung. Soziale Bürgerrechte, Zugang zu Bildung und gerechte Teilhabe am Wohlstand - dieses Europa ist grundlegend geprägt von der sozialdemokratischen Idee. Diese Grundidee des Sozialstaatsmodells wollen wir im Europa der Zukunft beibehalten. Das ist auch der Grundgedanke der Agenda 2010.....